



Ökonomen kritisieren Rentenpolitik der Bundesregierung

Michael Fiedler

Die ersten 100 Amtstage der schwarz-roten Bundesregierung erhalten von deutschen Volkswirtschaftsprofessoren mehrheitlich schlechte Noten. Das zeigt das aktuelle Ökonomenpanel des ifo Instituts in Kooperation mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Von den 170 Befragten bewerten 42 Prozent die bisherigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen negativ, während nur 25 Prozent ein eher positives Fazit ziehen.

Lob für Investitionen und Unternehmensentlastungen

Positiv heben die Ökonomen die Stärkung öffentlicher Investitionen hervor, die durch ein neues Sondervermögen finanziert werden sollen. Zustimmung erhalten zudem der sogenannte „Investitionsbooster“ mit verbesserten steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten, zusätzliche Verteidigungsausgaben sowie die angekündigte Senkung der Körperschaftsteuer.

Kurzfristig erwartet rund die Hälfte der Befragten positive Auswirkungen der bisherigen Maßnahmen auf die Konjunktur, nur 12 Prozent rechnen mit negativen Effekten. Mittelfristig sind die Erwartungen jedoch verhaltener: 34 Prozent prognostizieren positive Wachstumsaussichten, 26 Prozent negative. „Die schuldenfinanzierte Fiskalpolitik wird vor allem kurzfristig die Konjunktur ankurbeln. Um nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu schaffen, werden allerdings marktorientierte Strukturreformen benötigt. Von

solchen Reformen ist gegenwärtig noch nichts zu sehen“, so Potrafke.

Befragungszeitraum und Teilnehmerkreis

Für das 52. Ökonomenpanel wurden zwischen dem 29. Juli und dem 5. August 2025 insgesamt 170 VWL-Professorinnen und VWL-Professoren an deutschen Universitäten befragt. Das Panel liefert regelmäßig Einschätzungen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen aus Sicht der Wissenschaft.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4941071/Oekonomen-kritisieren-Rentenpolitik-der-Bundesregierung/>